

Roland Schäfer

**Bürgermeister der Stadt Bergkamen
Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW
1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes**

„Der kommunale Investitionsbedarf – Bewertung aus Sicht der Kommunen“

1. Tiefbaukongress im Rahmen der DEUBAU 2010

Plenum II: Erneuerungsbedarf der kommunalen Infrastruktur
aus Sicht der Politik und der Spitzenverbände

Essen, den 14. Januar 2010

www.dstg.de
www.kommunen-in-nrw.de
www.bergkamen.de
www.roland-schaefer.de

1. Ausgangssituation 2010

- Die investitionsstärkenden Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes (Konjunkturpaket II) haben zu einer deutlichen Belebung der kommunalen Investitionen im Jahr 2009 beigetragen. Dieser Trend wird sich auch im Jahr 2010 fortsetzen.
- Das Investitionsvolumen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz - Gesamtvolumen 13,3 Milliarden Euro bundesweit - lag Anfang Oktober 2009 bereits bei ca. 10 Milliarden Euro. Städte, Gemeinden und Kreise der Bundesrepublik haben bereits über 6,5 Milliarden Euro konkreten Projekten zugewiesen. Die Zahlen belegen, dass das Konjunkturpaket II in den deutschen Städten und Gemeinden zügig und sinnvoll umgesetzt wird.
- Statistisches Bundesamt: Aufwärtstrend im Bauhauptgewerbe. Während im Januar 2009 die Baunachfrage im Tiefbau noch um 16,8 % unter dem Wert von Januar 2008 lag, konnte im August 2009 bereits eine Erhöhung der Baunachfrage im Tiefbau um 7,0 % zum Vorjahreszeitraum verzeichnet werden.
- Die Städte und Gemeinden sind an einer Stärkung der Bauwirtschaft in Deutschland interessiert. Bauunternehmen tragen mit ihren Steuerzahlungen zur Steuerbasis der Städte und Gemeinden in nennenswertem Umfang bei. Über 12 % aller gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen gehören dem Bau-gewerbe an. Damit rangiert das Baugewerbe in der Bedeutung für das bun-desweite Gewerbesteueraufkommen auf Platz sechs von insgesamt 14 Wirt-schaftszweigen.
Zugleich sind Bauunternehmen wichtige Anbieter von Arbeits- und Ausbil-dungsplätzen in der Region.
- Die Kommunen setzen als größte öffentliche Auftraggeber knapp zwei Drittel aller öffentlichen Baumaßnahmen um und trage damit erheblich zur Ge-samtnachfrage nach Bauleistungen- auch im Bereich des Tiefbaus – bei. Ei-ne hohe Investitionskraft der Kommunen stärkt daher unmittelbar die – vor allem mittelständisch geprägte – Bauwirtschaft der Regionen.
- Eine Milliarde Euro öffentlicher Investitionen aktiviert ca. 1,3 Milliarden priva-tes Kapital und sichert über 25 000 Arbeitsplätze. Diesen Weg gilt es, weiter zu beschreiten.

2. Der kommunale Investitionsbedarf

- Der Investitionsbedarf in den Städte und Gemeinden Deutschlands ist nach wie vor riesig. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) beziffert sich der Investitionsbedarf bis zum Jahr 2020 auf über 700 Milliar-den Euro.

- Der Schwerpunkt des Investitionsbedarfs im Bereich des Straßenbaus liegt mit 71 Milliarden Euro beim Ersatzbedarf für vorhanden Straßen, Brücken und Tunnelanlagen. Der Erweiterungsbedarf im Straßenbau (24 Milliarden Euro) konzentriert sich weitgehend auf Erschließungsmaßnahmen. Nachholbedarf besteht im Übrigen in der Umgestaltung von Kommunalstraßen mit einem Schwerpunkt in den neuen Bundesländern. Wichtig: Lärmschutzeinrichtungen, Verkehrsinformations- und Steuerungssysteme sowie Parkierungsanlagen.
- Den Schwerpunkt des Investitionsbedarfs der kommunalen Abwasserbeseitigung bilden mit Abstand die Ersatzinvestitionen in Höhe von knapp 44 Milliarden Euro. Davon entfallen etwa die Hälfte auf Maßnahmen im Bereich des Kanalnetzes und jeweils ein Viertel auf den baulichen Teil von Kläranlagen sowie Maschinen- und Elektrotechnik.
- Bildungsinfrastruktur: Schulsanierung, Ausstattung mit Sachmitteln etc. 73 Milliarden Euro.
- Rathäuser/öffentliche Gebäude: rund 20 Milliarden Euro.
- ÖPNV: ca. 38 Milliarden Euro.
- Ausbau des Breitbandnetzes – Der DStGB begrüßt, dass bis Ende 2010 bislang nicht versorgte Gebiete mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen abgedeckt sein sollen. Die Bundesregierung hat eine entsprechende Breitbandstrategie vorgelegt. Durch den konsequenten Ausbau des Breitbandnetzes können bis zu 250 000 neue Arbeitsplätze gerade in den bislang unterversorgten ländlichen Regionen entstehen. Kommunalseitig gilt es, auf die tatsächliche Umsetzung der Maßnahmen zu achten.

Weitere Informationen können der als Anlage beigefügten Grafik entnommen werden.

3. Problem: Finanzsituation der Kommunen verschärft sich

- Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind in den Städten und Gemeinden immer deutlicher zu spüren. Dramatisch einbrechende Steuereinnahmen bei gleichzeitig explodierenden Sozialausgaben.
- Schere zwischen wegbrechenden Einnahmen und explodierenden Ausgaben der Kommunen wird sich in den nächsten Jahren weiter öffnen. Dies führt zu dem Problem, dass die kommunale Investitionstätigkeit stark eingeschränkt wird. Es ist daher erforderlich, dass Bund und Länder die Städte und Gemeinden aktiv unterstützen („Rettungsschirm für Städte und Gemeinden“).
- In den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 stiegen die kommunalen Kassenkredite um 2,8 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro an. Der Anteil der Kassenkredite an der Gesamtverschuldung der Kommunen liegt bei mittlerweile 41 %.

- Der DStGB erwartet im Jahr 2009 einen Einbruch bei der Gewerbesteuer von minus 18 %. Das Netto-Gewerbesteueraufkommen wird etwa in Nordrhein-Westfalen von 3,65 Milliarden Euro im Vorjahr auf lediglich noch 3,15 Milliarden Euro in 2009 zurückgehen. Dieser Negativtrend wird sich 2010 fortsetzen.
- Das vom Bund verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird ab 2010 den Städte und Gemeinde zusätzlich 1,6 Milliarden Euro Mindereinnahmen bescheren und damit ihre Investitionsfähigkeit weiter einschränken.

4. Kommunale Forderungen

- Das kommunale Investitionsprogramm (Konjunkturpaket II) ist eine wichtige und richtige Entscheidung gewesen. Versuche, dieses kleinreden zu wollen, ist entschieden entgegenzutreten. Ohne kommunale Infrastruktur ist eine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nicht möglich.
- Gerade die vor allem mittelständisch geprägte Bauwirtschaft profitiert unmittelbar von den Maßnahmen des Konjunkturpakets, denn zwei Drittel aller öffentlichen Aufträge im Baubereich – auch im Tiefbaubereich – sind kommunale Aufträge. Viele der Projekte schaffen zudem zusätzliche Nachfrage.
- Um die kommunale Investitionstätigkeit zugunsten der mittelständischen Bauwirtschaft weiter zu stärken, bedarf es einen dauerhaften kommunalen Konsolidierungspakts, der auch folgende Aspekte berücksichtigen sollte:
 - o Erhöhung der Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft für SGB II-Empfänger
 - o Kompensation der Steuermindereinnahmen der Städte und Gemeinden im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes
 - o Kurzfristige Überbrückungshilfen für mindestens zwei Jahre, damit Städte und Gemeinden handlungsfähig bleiben
 - o Sonderregelungen für finanzschwache Kommunen - Gerade in finanzschwachen Kommunen ist der Investitionsbedarf groß. Andererseits sind sie regelmäßig nicht in der Lage, einen kommunalen Eigenanteil für Fördermaßnahmen zu leisten.
 - o NRW: Hilfe für finanzschwache Kommunen - Ergänzung zum Haushaltsgesetz 2010: Der Förderrahmen für Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept und für überschuldete Kommunen wird auf 90 Prozent erhöht. Städte und Gemeinden können zudem den noch verbleibenden Eigenanteil von zehn Prozent voll durch Spenden
Dritter
erbringen

- Vergaberecht vereinfachen und flexibilisieren: Prüfung, ob die im Rahmen des Konjunkturpaket II vorgesehenen erleichterten Vergaben (Beschränkte Ausschreibung von Bauleistungen bis zu einer Million Euro, Freihändige Vergabe von Bauleistungen bis zu 100 000 Euro) als eine Option für öffentliche Auftraggeber in Dauerrecht überführt werden könnte. Zudem: Verhinderung der Einführung eines Vergaberechtsschutzes für Bieter unterhalb der EU-Schwellenwerte. Ansonsten: Investitionsverzögerungen!
- Flächendeckende Breitbandversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Der Bund muss alle Anstrengungen fortsetzen, die Breitbandversorgung in Deutschland sowohl in der Fläche als auch in der Leistungsfähigkeit zu steigern. Eine flächendeckende Breitbandversorgung wird mit Blick auf deren Umsetzung auch der deutschen Bauwirtschaft zugute kommen (Förderfähig als Konjunkturpaket II-Maßnahme)
- Beteiligung privater Dritter im Rahmen von Öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) – Voraussetzung: Umfassende Prüfung führt zu dem Ergebnis, dass kommunale Eigenrealisierung langfristig nicht die wirtschaftlich sinnvollere Alternative ist – Einzelfallprüfung !

5. Fazit

Kommunen und Bauwirtschaft brauchen einander. Die derzeitige Investitionsquote der Städte und Gemeinden liegt weit unterhalb des eigentlich notwendigen Bedarfs. Nur bei einer ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen ist die Gewähr gegeben, dass die Bauunternehmen der Bundesrepublik wieder genügend Aufträge erhalten und der jetzige Verfall kommunalen Infrastrukturvermögens gestoppt wird.

